

aufgebaut. Das ist die geistliche Erfahrung der gesamten katholischen Tradition. Über die Ostkirche lernen heute manche Protestanten wieder, daß der erste Glaube Marias, die Archē, der durchhaltende Anfang des Glaubens der Kirche ist. Der persönliche Glaube des Einzelnen tritt in diesen vorgegebenen und vorgelebten Glauben ein und läßt sich von ihm tragen. Das Zweite Vatikanum hat leider nicht über das Erste hinaus eine Lehre vom persönlichen Glauben entfaltet, der mehr ist als gehorsames Fürwahrhalten kirchlicher Glaubenssätze.

Dieser Mangel ist für Jugendliche vielleicht weniger spürbar. Ihnen hilft, was Generationen gläubiger Katholiken geholfen hat, die vor dem rigoristischen Verstandesglauben der Theologen vergangener Jahrhunderte in die marianische Frömmigkeit auswichen. Manche Erscheinungen dieser Frömmigkeit kommen uns nach dem Siegeszug der biblischen Theologie als infantile Wucherungen vor, aber noch ist das biblische Glaubensbewußtsein der Theologen im katholischen Volk nicht lebendig, und es ist eine bange Frage, wie das in der modernen Welt möglich ist. Darüber entscheiden die Mütter und erst in zweiter Linie Religionslehrer und Priester.

Um so mehr wird die religiöse Pädagogik in den Herzen der Jugend jene archetypischen Akte erwecken und pflegen, die mit der Marienverehrung gegeben sind. Ein in den evangelischen Kirchen hochgeachteter protestantischer Arzt wie Theodor Bovet (Zürich) rechtfertigt die katholische Marienfrömmigkeit mit feinem Verständnis. Aber es sollten alle Verniedlichungen, die von der Jugend abgelehnt werden, weichen, damit das Einfache, Monumentale und Nüchterne des biblischen Marienbildes um so mehr ergreift. Dieses Bild kann noch vertieft werden, wenn man die rettenden Frauengestalten der alttestamentlichen Heilsgeschichte einbezieht. Die Bibelkunde hat erkannt, daß sie dem Marienbild des Neuen Testaments zugrunde liegen, während ein monastischer Monophysitismus hellenistischer Herkunft durch Konklusionstheologie Maria in eine sakrale Isolierung oder gar Pseudovergöttlichung hinaufgesteigert hat. Die Kirchenkonstitution hat die Gottesmutter wieder in die Gemeinschaft der Gläubigen zurückgeholt, auch wenn sie im Sinne der traditionellen Lehre feststellt, daß Maria „gewissenmaßen die größten Glaubensgeheimnisse in sich vereinigt und widerstrahlt“.

Werden „wie ein Kind“

4. Wie die Verehrung der Eucharistie und zu ihrer Festigung die Ehrung der Jungfrau Maria als Mutter der Kirche bei Erwachsenen zu fördern ist, unterliegt anderen Bedingungen, die nach den Traditionen der Völker verschieden sind. Was in Italien, Polen und Portugal möglich ist, kann und sollte nicht in andere Länder verpflanzt werden. Wer als Kind eine echte und gesunde Verehrung der Eucharistie und die Liebe zur Gottesmutter gelernt hat, wird sie als Erwachsener beibehalten, und sei es nur in den Formen des 19. Jahrhunderts. Diese Verehrung fördern bedeutet nicht unbedingt, zeitliche Traditionen festzuhalten. Man kann sie auch in den heutigen Glaubensanfechtungen erneuern. Dabei sollte nicht übersehen werden, daß nicht alle Bewußtseinsinhalte dieser Verehrung so entscheidend sind wie die archetypischen Grundhaltungen. Die Verehrung der Eucharistie war ein wirksames Bollwerk gegen spiritualistische Sekten im späten Mittelalter. Sie könnte heute eine nicht geringere Immunisierung gegen die Hypertrophie des technischen Geistes und die seelische Auslaugung der Wohlstands-

zivilisation sein. Aber wer die Grundhaltungen kultischer Anbetung als Kind nicht gelernt hat — das werden immer mehr Christen sein — wird sie als Erwachsener inmitten der technisierten Welt nicht mehr finden.

Niemand weiß, was einmal an die Stelle des Überkommenen treten wird. Sicher ist, daß im Zeitalter der technischen Zivilisation die Erwachsenen einer wirksameren Immunisierung gegen die Gleichförmigkeit mit dieser Welt bedürfen. Gegen die Exzesse des Hedonismus und der Konsumreizung helfen keine Kult- und Devotionsformen, die an Intensität und Faszination hinter dem „Zauber“ der Massenmedien zurückbleiben. Jesus zog gewiß nicht wie ein Rattenfänger mit einer „Band“ durch Galiläa, aber wird er nicht dafür sorgen, daß seine Gegenwart heute so „sensationell“ wirkt wie in jener Zeit, da sein Volk die Vollmacht seiner Rede und seiner Zeichen bestaunte und seine Angehörigen meinten, er sei von Sinnen (Mark. 3, 21)? Wir sollten darum beten, daß die eucharistische Frömmigkeit und die Marienverehrung bei der Erneuerung der Kirche einen neuen dynamischen Rhythmus erfährt, der die armen leeren Herzen der Erwachsenen wieder ergreift, daß sie werden „wie ein Kind“ (Mark. 10, 15) mit dem gereiften Sinn für die erhabene Nüchternheit Gottes.

Für den Frieden unter den Völkern Afrikas. Missionsgebetsmeinung für Mai 1966

Nahezu die Hälfte der zu Jahresende 1965 in Afrika gezählten 36 unabhängigen Staaten, die alle (mit Ausnahme von Äthiopien und Liberia) in den verflossenen 15 Jahren in den Genuss der nationalen Selbstbestimmung kamen, erlebte im Vorjahre Unruhen, Verschwörungen, Putsche, Aufstände, Revolutionen, und die Kette der Ereignisse dieser Art will in diesem Jahre nicht abreißen. Auf die Erschütterungen des Staatsgefüges im volkreichsten Land des Erdteils (Nigeria), das bisher als ein Hort der Stabilität und einer funktionierenden Demokratie gepriesen wurde, folgten im Jahre 1966 bis Ende Februar neue Putsche bzw. Umstürze in Dahomey, Obervolta, der Zentralafrikanischen Republik, Ghana. In Uganda machte sich in einer Art Putsch von oben der Regierungschef Milton Obote unter Ausschaltung des demokratischen Apparates praktisch zum Alleinherrscher. „Wohin das Auge blickt in Afrika: überall gärt es. Wo ist da noch wirklicher Fortschritt zu bemerken? In einer Serie von Putschen hat sich die untergründig längst spürbare Unruhe in letzter Zeit über den ganzen Kontinent fortgepflanzt. Bestehende Ordnungen, soweit man von ihnen sprechen konnte, sind dabei weggefegt worden... Mit Ausnahme einiger weniger Länder sind schon beinahe alle Staaten südlich der Sahara irgendwann einmal in einen Umsturz verwickelt worden. Es wäre nicht verwunderlich, wenn die Unrast sich ausbreitete und auch an Tiefenwirkung zunähme... Das Afrika, von dem wir sagen, es schreite unaufhaltsam voran in eine bessere Zukunft, gibt es leider noch nicht. Die meisten afrikanischen Staaten stagnieren, in etlichen geht es zurück. An den Fundamenten einiger afrikanischer Staaten nagen die Termiten; jene drohen zu verfallen“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 9. 2. 66).

Gegensätze

Auch in den noch von europäischen Mächten (Portugal, Spanien, Großbritannien, Frankreich) abhängigen Gebieten herrscht keine Ruhe. Einige dieser Gebiete werden

durch die Aussicht auf eine baldige Unabhängigkeit, die allerdings in einigen Fällen durch Beherrschungsansprüche von Nachbarstaaten bald wieder bedroht sein dürfte, in Spannung gehalten. In anderen widersetzt sich die an der Macht befindliche weiße Minderheit der Einführung einer demokratischen Ordnung, in der sie von der farbigen Mehrheit nicht nur ohne weiteres überspielt werden könnte, sondern auch angesichts der explosiven Spannung zwischen Farbigen und Weiß ihre völlige Entrechtung befürchtet. Portugal hält zäh an seiner Auffassung fest, daß seine „überseeischen Provinzen“ in Afrika Teile des Mutterlandes sind. Ihre Bewohner nichtweißer Rasse will man der portugiesischen Kultur assimilieren und ihnen in einem langen Entwicklungsprozeß je nach erreichtem Bildungsstand das volle Bürgerrecht gewähren. Angesichts der geistigen Gesamtentwicklung und des alle inneren Gegensätze übersteigenden instinktiven Einheitswillens Afrikas besteht aber wenig Aussicht, daß sich in Portugiesisch Guinea, Angola und Mozambique die Pläne Portugals verwirklichen lassen. In der unabhängig gewordenen Südafrikanischen Republik erweist sich die Apartheidspolitik, die den Farbigen eine eigene Entwicklung und relative Selbstverwaltung unter weißer Oberherrschaft ermöglichen will, immer mehr als undurchführbar (vgl. Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 94). „Nach 17 Jahren intensiven Bemühens haben wir weniger Trennung denn je auf den Gebieten des Wohnsitzes und der Wirtschaft.“ So Erzbischof Hurley von Durban in einer neuerlichen Stellungnahme zur Rassenfrage vor dem Südafrikanischen Institut für Rassenbeziehungen (NCWC-NS, 19. 1. 66). Ein neuer Ansatz zur Lösung des Problems könnte nur aus einer neuen sittlichen Wertung der menschlichen Beziehungen auf beiden Seiten hervorgehen. Aber, so sagt man, erklärte der Erzbischof: „Von einer Wandlung der beiden machtvollen emotionalen Haltungen, die das Feld der südafrikanischen Politik bestimmen, des weißen Rassismus und des afrikanischen Nationalismus zu sprechen, ist das gleiche, als ob man von der Umkehr der Erdrotation oder des Gesetzes der Schwerkraft redete.“ Die Vertreter der Apartheid fühlen sich in ihrer Haltung gestärkt durch die Wirren in den jungen Staaten der Schwarzen. Wenn aber das Scheitern der Politik der Rassentrennung anerkannt wird und man sich weigert, eine ethische Lösung des Problems anzusteuern, bleibt nur die Rückkehr zur absoluten Beherrschung der Farbigen durch die Weißen übrig. Diese Politik muß indes das ganze uneinige farbige Afrika in dem Ziele zusammenführen, in dem es absolut einig ist, nämlich mit allen Mitteln „die Reste des Kolonialismus“ zu beseitigen. Trotz einer im Augenblick wirtschaftlichen Prosperität wird so die Südafrikanische Union schweren Zeiten entgegengehen.

Unfriede zwischen den Staaten

Die innere Unruhe in den jungen Staaten spiegelt sich auch in ihren Beziehungen zueinander wieder. Im Augenblick gibt es mehr oder weniger offene Konflikte zwischen Algerien und Marokko, Marokko und Mauretanien, Ägypten und dem Sudan, dem Sudan und seinen südlichen Nachbarstaaten, Somalia und Äthiopien bzw. Kenia, Togo und Ghana, Kamerun und Nigeria, Ruanda und Burundi, Kongo-Brazzaville und Kongo-Léopoldville. Selbst unter den ehemaligen französischen Gebieten in Westafrika, die einen näheren Zusammenschluß suchen, brechen hie und da plötzlich Argwohn und Meinungsver-

schiedenheit aus. Ein lebhafter Waffenschmuggel, oft vom Ausland gesteuert, dient der Ausrüstung von Freischärlern und Sabotagetrupps, die jenseits der Grenzen der einzelnen Länder gegen die Machthaber in den betreffenden Ländern selbst operieren und oft im Ausland ausgebildet werden. Solche Trupps wurden für Senegal in Kuba instruiert, und der Staatschef der Elfenbeinküste, Houphouët-Boigny, behauptet, in Peking trainierte Kommandoeinheiten operierten von Ghana aus gegen die Nachbarländer bis zum Niger-Staat hin. Algerien bietet allen afrikanischen Befreiungsbewegungen Gelegenheit, sich in Ausbildungslagern die von der FLN erworbenen Erfahrungen in der Guerilla-Taktik zunutze zu machen. Im November 1965 erklärte der jetzt entthronte Nkrumah vor dem Parlament von Ghana, zur Niederrichtung des Smith-Regimes in Rhodesien bedürfe es gar keines konventionellen Krieges, es genüge vielmehr, die afrikanische Bevölkerung von Rhodesien mit Waffen zu versorgen. „Wenn sie einmal Waffen in die Hand bekommen, ist der Krieg so gut wie vorbei, denn in Rhodesien kommen ja auf einen racist sechzehn Afrikaner“ (Internationales Afrika-Forum 1966, S. 5).

Macht oder Ohnmacht der Einheitsbestrebungen?

Die Folge der politischen Umwälzungen, Revolten, Attentate gegen Staatsoberhäupter usw. ist die große Zahl von Flüchtlingen, die in anderen afrikanischen Ländern Schutz suchen. Manchmal verhalten sie sich im Asyl ruhig. Öfter organisieren sie von dort Gegenbewegungen. Immer sind sie nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Belastung für das Aufnahmeland. Dies führt zu neuen Reibungen und Verdächtigungen zwischen den Staaten. Wenn man die Zahl der Flüchtlinge aus den portugiesischen Besitzungen mit einschließt, beträgt die Zahl der freiwillig oder gezwungen Expatriierten weit mehr als 700 000. Sie kommen der Masse nach aus dem Sudan, aus Ruanda, Angola, aber zu Zehntausenden auch aus dem Kongo, dem Tschad, der Elfenbeinküste, aus Guinea, Togo, Ghana, Malawi, Mozambique und Portugiesisch Guinea.

Eine große Hoffnung für den Frieden in Afrika stellte die im Jahre 1963 erfolgte Gründung der „Organisation für die afrikanische Einheit“ dar, der alle unabhängigen Staaten mit Ausnahme der Südafrikanischen Republik beitraten. Ihre Mitglieder verpflichteten sich feierlich, gegenseitig ihre Souveränität zu achten und alle schwebenden und kommenden Konflikte friedlich zu regeln. Bisher hat diese Organisation aber in entscheidenden Augenblicken keine Einhelligkeit der Auffassungen erzielt, so bei der Kongokrise und bei der Rebellion in Rhodesien. Das im Dezember 1965 von der Sonderkonferenz der Organisation zu Addis Abeba beschlossene Ultimatum an England wurde nur von 9 der 36 beteiligten Staaten durch Abbruch der diplomatischen Beziehungen ausgeführt, als Großbritannien bis zum 15. Dezember (Stichtag des Ultimatums) die Rebellion nicht niedergeworfen hatte. Die Konflikte unter den Mitgliedsstaaten haben sich in letzter Zeit eher verstärkt als vermindert. In ihren Reihen kann man zwei politische Grundhaltungen unterscheiden, die revolutionäre und die reformistische. Die erstere sucht in schroffer Gegensatzhaltung zu den ehemaligen Kolonialmächten auf allen Gebieten des Lebens einen Neuanfang, und zwar in gefährlicher Annäherung an östliche Ideologien. Sie neigt gewaltsamen Lösungen zu und sucht den revolutionären

Geist auch in anderen Staaten des Kontinents zu verbreiten. Diese Staaten sind natürlich besondere Ziele der sowjetrussischen und chinesischen Subversionspolitik. Die reformistische Gruppe will nicht einreißen, vielmehr aufbauen. In einem gemäßigten Kurs scheut sie auch nicht die Zusammenarbeit mit den ehemaligen Kolonialmächten. Sie klagt die revolutionäre Gruppe der permanenten Einmischung in die Souveränität anderer afrikanischer Staaten an. Die Abwehrhaltung gegen solche Einmischung war einer der Hauptgründe, warum sich aus einer losen Gemeinschaft einer Anzahl von Staaten „französischer Zunge“ vor kurzem die „Gemeinsame afrikanische und madagassische Organisation“ bildete, der inzwischen 15 Staaten beitraten, darunter auch Kongo-Léopoldville, das den Widerstand der reformistischen Gruppen gegen den von der revolutionären Gruppe geplanten Eingriff in die Revolte im Kongo nicht vergaß. Das Profil der neuen Organisation, die innerhalb der „Organisation für die afrikanische Einheit“ tätig sein will, sich aber u. a. eine möglichst eigene Außenpolitik zum Ziele setzt, ist noch nicht scharf umrissen.

Förderung gemeinsamer Interessen

Ebenso wichtig wie die Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten ist für die friedliche Entwicklung Afrikas eine Zusammenarbeit seiner Staaten im Sinne einer gegenseitigen Förderung gemeinsamer Interessen. Die erfolgte Assoziierung einiger dieser jungen Staaten an die EWG kann die wirtschaftliche Stabilität fördern. Leider ist der Plan der Schaffung eines „Gemeinsamen Marktes“ für Tansania, Kenia und Uganda wieder in den Hintergrund getreten, nicht zuletzt wegen einer wachsenden Lockerung des politischen Zusammenhalts dieser ostafrikanischen Staaten. Die Elfenbeinküste, Obervolta und Niger suchen den Zusammenschluß. Der erste Schritt soll die Einführung einer gemeinsamen Staatsangehörigkeit sein, den übrigens der Staatschef der Elfenbeinküste für alle Mitglieder der „Gemeinsamen afrikanischen und madagassischen Organisation“ vorgeschlagen hat. Der Präsident von Senegal, L. S. Senghor, wirbt für ein Zusammenwirken der Anliegerstaaten des Senegal (Guinea, Mauretanien, Mali, Senegal) bei allen Planungen, vor allem solchen wirtschaftlicher Natur. Zur Ausführung dieser Ziele hat man ein ständiges Sekretariat geschaffen.

Es gibt nur noch wenige junge Staaten, in denen erfahrene Männer aus der Zeit des Übergangs von der Kolonialherrschaft zur Selbstverantwortung die Zügel der Regierung führen. Eine jüngere Generation drängt fast überall nach vorne. „Diese jungen Menschen sind radikal, ehrgeizig, ungeduldig. Sie akzeptieren jede Hilfe und jede Ideologie, die ihnen in ihrer instinktiven Opposition gegen das gemäßigte Regime der älteren Garde Hilfe und raschen Aufstieg zu Macht, Ruhm und Reichtum verspricht. Die jüngste Geschichte zeigt, daß es die älteren konservativen Elemente mit ihrer soliden Bildung und gewöhnlich warmherzigen Einstellung zum Panafrikanismus waren, die noch am ehesten einen echten Beitrag zum zivilisatorischen und wirtschaftlichen Aufstieg ihrer Länder leisteten und eine organisch wachsende afrikanische Einheit ‚Schritt für Schritt‘ in die Wege leiten wollten“ („Neues Afrika“, Nr. 3, 1965, S. 93). Die demokratischen Formen, in die man seitens der abtretenden Kolonialmächte die neue Freiheit zu gießen gedachte, schwinden immer mehr. Die politische Unstabilität aber

reizt das Militär zum Eingreifen. Daher die auffallend große Zahl von Militärputschen in den neuen Staaten.

Die tieferen Ursachen des Unfriedens

Beruht das Versagen der neuen Staaten nach innen und außen auf der Unfähigkeit, sich selbst zu regieren? Nein und ja. In den alten Lebensformen der Afrikaner, den Stammesorganisationen, war alles wohl geordnet, wenn auch kein paradiesischer Frieden herrschte, vor allem nicht im Verhältnis der Stämme zueinander. Wirren konnten nie großräumigen Charakter annehmen. Die Entkolonisierung aber entließ jeweils Gebiete von einer Größenordnung in die Freiheit, von der wir uns in Europa meist kaum eine Vorstellung machen. Viele Religionen, Kulturen, Stammesgruppen und Stämme, Sprachen, Lebensformen und höchstens regional ausgerichtete Interessen waren vom Kolonialregime zu einer Verwaltungseinheit zusammengefaßt, in deren Bereich sich ein einheitliches Staatsbewußtsein schon allein deshalb nicht bilden konnte, weil die Hoheitsgrenzen meist künstlich gezogen oder auf Konferenzen der Kolonialmächte erhandelt wurden. Wie sich einmal aus der buntscheckigen Gruppierung der Kolonialgebiete lebensfähige und sich selbst behaltende Staatsgebilde formen könnten, ist nie von den Kolonialmächten in gemeinsamem Verantwortungsbewußtsein überlegt worden. Was künstlich getrennt wurde, strebt heute nach Vereinigung. Über der Frage aber, in welchem von zwei oder drei Staaten zertrennte Volksgruppen vereinigt werden sollen, entsteht Zwist zwischen den beteiligten Staaten, denen man als selbständiges Gebilde die Freiheit gab.

„Als Nation noch nicht geboren“

Den jungen Staaten selbst hat man den im 19. Jahrhundert in Europa entwickelten Begriff des Nationalstaates vermacht, der in ihrem Denken und Handeln keine Wurzeln fassen konnte. Was der Präsident der Elfenbeinküste, Houphouët-Boigny, auf einer von ihm in die Hauptstadt Abidjan einberufenen Aussprachetagung von Vertretern der 13 000 an europäischen Universitäten studierenden Söhne des Landes im Januar 1965 erklärte: „Die Nation Elfenbeinküste ist leider noch nicht geboren“, dürfte auch für die meisten der anderen jungen Staaten des Schwarzen Afrikas zutreffen. Andererseits wird diesen neuen politischen Gebilden die Organisation nach nationalstaatlichem Begriff durch die Struktur der Vereinten Nationen direkt nahegelegt. Sie haben dort so ein nicht vorgesehene Übergewicht erlangt, und sie wissen, daß jeder Zusammenschluß zu größeren Gemeinschaften ihnen im Rat der UN Stimmen kostet. Sie instinktiv im organisatorischen Gefüge der Vereinten Nationen nicht zu Hause fühlend, sehen sie sich doch zwecks Sicherung gesamt-afrikanischer Interessen genötigt, sich als „Nationen“ zu etablieren, die eine genau umrissene politische Souveränität vorweisen können. Dies hat wiederum zur Folge, daß sie in ihren Beziehungen zu den Nachbarstaaten um „Grenzen“ kämpfen, die ihre Bewohner bisher übersahen. Die Art und Weise, in der sich bei den großen innerafrikanischen Wanderungen die Menschen bewegten und in oft von ihrem Heimatland weit entfernten Gebieten, vor allem in Industriezentren, seelisch verhielten, zeigt deutlich, daß die derzeitige politische Gesamtverfassung des Erdteils in gewisser Hinsicht unnatürlich ist. Solange Afrika noch nicht die ihm gemäße (und auch gleichzeitig den Erfordernissen moderner Wirtschaft und sozialen Zusammenlebens entsprechende) politische Organisation

gefunden hat, wird die Unruhe im Verhältnis der „Staaten“ zueinander andauern.

Interkontinentale Verflechtungen

Als man den Afrikanern die Freiheit gab, waren sie noch weitgehend den Stammesstrukturen verhaftet und sind es noch heute außerhalb der großen Zentren. Als Morgengabe erhielten sie die Verfassung einer westlichen Demokratie, zu der sie nicht reif waren, weil ihr allgemeiner Bildungsstand den Erfordernissen einer solchen Ordnung nicht entsprach. Sie wußten also, nur über eine kleine Schicht mit westlichem Denken Vertrauter verfügend, mit der Demokratie nichts anzufangen. Die Ereignisse des letzten Jahrzehnts haben dies mit absoluter Klarheit erwiesen, obwohl inzwischen die Zahl der Gebildeten weiter wuchs. Überall entwickelten sich autoritäre, ja autokratische Regierungsformen, die vor dem eigenen Volk und vor dem Ausland durch pseudo-demokratische Institutionen die Fiktion einer Demokratie aufrechtzuerhalten suchten. Der „afrikanische Sozialismus“, der durchaus gesunde Ansatzpunkte zur Entfaltung einer Gemeinschaftsgesinnung im ganzen Staatsvolk bot, kann in einer von oben kommandierten Gesellschaft nicht zur Entfaltung kommen. Diktaturen sind zudem stets geneigt, die Würde der menschlichen Person und ihre unabdingbaren Rechte zu mißachten. Die jüngste Geschichte mancher der jungen Staaten Afrikas hat dafür neue Beweise geliefert.

Eine große Gefährdung des Friedens in Afrika stellen auch gewisse offene oder verhüllte Interventionen des internationalen Großkapitals dar, dessen Interessen oft den wahren Interessen der jungen Staaten widersprechen. Die Geschichte der geheimen Waffenlieferungen an subversive Gruppen in den letzten Jahren, die von Mächten ausgingen, die den Umsturz der bestehenden Ordnungen auf ihre Fahnen geschrieben haben, muß noch geschrieben werden. Leider haben auch manche Führer der jungen Staaten gedankenlos die Hilfe solcher Mächte angenommen. Der robuste Versuch der Volksrepublik China, mit Hilfe eines Netzes von Propagandazentren und diplomatischen Vertretungen den chinesischen Kommunismus zu verbreiten (vgl. Herder-Korrespondenz 19. Jhg., S. 705 ff.), hat in jüngster Zeit einen ernsten Rückschlag erlitten. Die sog. Westmächte handeln natürlich auch im eigenen Interesse, wenn sie den jungen afrikanischen Staaten helfen, aber sie sollten sich bewußt sein, daß nur eine selbstlose Hilfe sich bezahlt macht und daß es mit rein materieller Hilfe und mit Bildungsvermittlung nicht getan ist. Eine Entwicklungshilfe, die nicht gleichzeitig am Aufbau einer neuen sittlichen Ordnung mitwirkt, die das Fundament für eine echte Zusammenarbeit der Bürger in den jungen Staaten gibt und das friedliche Miteinanderleben dieser Staaten gewährleistet, ist vertan. Man darf nie vergessen, daß durch die Zertrümmerung des primitiven Weltbildes und der Stammesorganisation, die eine Art inkarnierte Ethik verwirklichte, eine sittliche Desorientierung eintrat, ein religiös-sittliches Vakuum, das gefüllt werden muß, soll Afrika den Frieden finden.

Hilfe der Missionen an der Sicherung des Friedens

Die christlichen Bekenntnisse, die in Afrika immerhin 22% der Bevölkerung als Mitglieder zählen und durch ihre Schulen sowie ihre Einrichtungen der Erwachsenenbildung über diesen Rahmen hinaus einen wirksamen Einfluß auf Millionen von Nichtchristen ausüben, stellen einen der bedeutsamsten Faktoren zur Sicherung des Frie-

dens in Afrika dar. Sie widmen sich besonders der Gewissensbildung und erziehen zu einer Gemeinschaftsgesinnung, die den Bedürfnissen des neuen Afrika entspricht. In ihrem Bestreben, die Ethik religiös zu verankern, kommen sie dem Verlangen der bedeutendsten Denker Afrikas entgegen, die den materialistischen Atheismus ablehnen und einen am Gottesglauben orientierten „Sozialismus“ wollen, der in seiner religiösen Fundierung das Kennzeichen afrikanischen Gemeinschaftslebens sein soll. Es ist nur zu bedauern, daß Politiker der jungen Staaten verschiedene Formen des afrikanischen Sozialismus verkünden, die dann kämpferisch einander gegenübergestellt werden. Mehr der praktischen (oft rein politischen) Ordnung des Gemeinschaftslebens zugewandt, lassen diese Programme oft das in den Hintergrund treten, was gerade für den afrikanischen Sozialismus charakteristisch sein und alle diese Systeme in der Wurzel verbinden sollte: die religiös-ethische Fundamentierung. Die christliche Mission leistet dem sich neugestaltenden Afrika einen besonderen Dienst, indem sie die christliche Ethik verbreitet, die für die Betätigung der Brüdergesinnung unter den Menschen über alle Kultur- und Rassengrenzen hinweg weit stärkere Motive gibt, als die rein natürliche, in der natürlichen Religion fundierte Ethik. Es ist zudem jene Ethik, die für die europäische Zivilisation, die heute Weltzivilisation wird, Antrieb und Ordnungsprinzip wurde und es latent noch heute in Europa ist. Wäre dies nicht der Fall, wäre unsere Zivilisation längst zerbrochen. Indem man die westliche Zivilisation ohne ihr religiös-ethisches Substrat nach Afrika verbreitete, leistete man Afrika einen schlechten Dienst und darf sich nicht wundern, wenn die jungen Staaten ihre negativen Einflüsse im Gemeinschaftsleben nicht genügend bändigen können.

In ihrem Bemühen, dem jungen selbständigen Afrika eine auf Achtung der natürlichen Persönlichkeitsrechte, auf soziale Gerechtigkeit und Liebe gegründete neue Lebensordnung zu schenken, dürfen die christlichen Missionen nicht vergessen, was sie mit nichtchristlichen religiösen Kräften, besonders dem Islam, verbindet, der in Afrika schnelle Fortschritte macht. Nicht nur das religiöse Interesse des Christentums, sondern auch das Gesamtwohl der afrikanischen Völker fordert deshalb, daß Christentum und Islam ein neues Verhältnis zueinander finden. Die weißen Minderheiten aber, die in Afrika noch krampfhaft ihre Vorherrschaft über die Farbigen verteidigen und für ihr eigenes Überleben fürchten, können eine ihnen als ausweglos erscheinende Situation nur dann zum Guten wenden, wenn sie in christlicher Bruderliebe ihre Rassenpolitik auf eine neue Grundlage stellen, die der Gerechtigkeit und Liebe im Geiste der Lehre Christi.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Perikopenordnung für Wochentage „ad experimentum“ Der postkonziliare Rat zur Durchführung der Liturgiekonstitution hat jetzt schon eine „Perikopenordnung für die Meßfeier an Wochentagen“ zum Experiment zugelassen, die von den Bischofskonferenzen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz vorgeschlagen worden war. Sie ist inzwischen von den Liturgischen Instituten in Trier und Freiburg (Schweiz) und vom Liturgischen Institut in Salzburg veröffentlicht worden.